

Correspondent

Er scheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mart.

XXXIV.

Leipzig, Sonnabend den 7. März 1896.

№ 28.

Jeder Kollege, der die Besserstellung seiner Tage und der Tage aller erleichtern will, tritt dem Verbands der Deutschen Buchdrucker bei. Wer ihm jetzt noch fern bleibt, schädigt sich und das Allgemeininteresse!

Zur Situation.

Seit unserm vorigen Situationsartikel haben die Ereignisse einen weitem Fortgang genommen. Dem heftigen Drängen der Kollegen aller Orte wie auch dem der Leipziger Gehilfenschaft, nicht bis zum 10. März auf den Entschluß der Herren Prinzipale ruhig zu warten, mußten der Verbandsvorstand sowohl wie die Leipziger lokale Unterhandlungskommission Rechnung und weitere Erklärungen der Herren Prinzipale zu erlangen Anstalten treffen. Es kam am letzten Dienstagabend eine beiderseitige Besprechung zu stande, an der von Prinzipalseite die Herren Kommerzienrat Klinhardt, Baensch-Drugulin und Julius Mäser mit ihrem Geschäftsführer Herrn Köhler, von Gehilfenseite der Verbandsvorsitzende Kollege Döblin und die Kollegen Gsch, Krepshmar und Nibel aus Leipzig beteiligt waren. Die Resultate der Vorbesprechungen sind in dem Bericht über die gleich darauf in Leipzig abgehaltene Versammlung enthalten, der die Situation richtig ausprägt. Wir bringen denselben darum an dieser Stelle zur Veröffentlichung.

Leipzig, 5. März. In noch weit größerer Anzahl als je zuletzt hatte sich die hiesige Kollegenschaft vergangener Dienstagabend in dem geräumigen Theaterkaale des Krystalpalastes zusammengefunden, um den Bericht ihrer Kommission über die Verhandlungen mit den örtlichen Prinzipalvertretern entgegenzunehmen. Derselbe wurde vom Kollegen Gsch erteilt. Nach seinen Ausführungen waren der Vertreter des Kreises Sachsen des D. V. B. Herr Mäser sowohl wie der Vorsitzende der hiesigen Innung Herr Baensch-Drugulin zu Verhandlungen ohne Schwierigkeiten bereit, die zuerst am 26. vor. Mts. im hiesigen Innungsbüreau unter Zugiziehung des Geschäftsführers Herrn Köhler stattfanden. Von vornherein hätten die Herren Prinzipale den von der Gehilfenschaft angenommenen Termin, den 1. März, zu einer Beschlussefassung über die an sie gestellten Wünsche als zu kurz bemessen bezeichnet. Sie erklärten, daß am 10. März die alljährlich um diese Zeit stattfindende ordentliche Vorstandssitzung des D. V. B. stattfinden und in der Angelegenheit beschließen werde. Demgegenüber beriefen sich die Gehilfenvertreter auf ihren Auftrag und bezweifelten, daß die Kollegen auf eine Hinausschiebung des Termins sich einlassen würden. Erst nachdem dann die Prinzipale abermals die stricteste Erklärung abgaben, daß sie ihren ganzen Einfluß geltend machen wollten, damit am 10. März ein die Gehilfenschaft befriedigendes Resultat erzielt würde und ferner versprachen, daß Sorge tragen zu wollen, daß jede Maßregelung, noch sonstige Benachteiligung der Gehilfenschaft unterbleiben werde, wenn aber dennoch Korruption ausbrechen sollten, in Gemeinschaft mit den Gehilfen dieselben unverzüglich zu schlichten bemüht sein würden, hätten die drei Kollegen sich bereit erklärt, die Verschlebung des Termins in der Versammlung zu beschließen. Eine die Gehilfenschaft bindende Erklärung hätten sie dagegen nicht abgegeben, der Versammlung habe es daher nach wie vor frei, nach eigenem Ermessen zu handeln. Aber man dürfe nicht vergessen, daß sich zentrale Abmachungen von Organisation zu Organisation sowie nicht von heute auf morgen abschließen ließen. Auch hätte zur Zeit der Konferenz die deutsche Kollegenschaft noch nirgends sich über den Leipziger Antrag schlüssig gemacht gehabt, man sei zu dieser Zeit also nicht in der Lage gewesen, hier schon weiter zu gehen. Allerdings habe man die Prinzipale darüber nicht im Unklaren

gelassen, daß die Gehilfenschaft einer Verschlebung der Angelegenheit unter keinen Umständen unthätig zusehen würde. Seitdem wäre nun durch die Stellungnahme der Kollegen allerorts die Tariffrage brennender geworden. Deshalb sei die Kommission nochmals mit den beiden Herren Prinzipalen in Verbindung getreten und es habe, da zu gleicher Zeit auch der Verbandsvorsitzende Kollege Döblin erschienen war, um weitere Entschlüsse einzubringen, unter dessen Teilnahme mit diesen wie auch dem Vorsitzenden des D. V. B., Herrn Klinhardt, erst am Nachmittag von 4 bis 8 Uhr eine zweite Sitzung stattgefunden. Hier hätten nun die Herren Prinzipale erklärt, den Forderungen der Gehilfen prinzipiell nicht entgegenzusetzen und am 11. März mit den letzteren Herren verhandeln zu wollen. Die Verhandlungen sollen sich in erster Linie auf die beiderseitige Vertretung usw. beziehen. Die Wahlen der Vertreter werden selbständig ohne jede Beeinflussung voraussichtlich durch Urwahlen in den neun Kreisen des D. V. B. vorgenommen werden, auszuwählen dürften sie die beiderseitigen Vereinsvorsitzende oder auch das Arbeitsamt. Die Prinzipale hätten die unzweifelhaftesten Zusicherungen gegeben, unsere Wünsche schleunigst zu erfüllen. In Aussicht genommen wurde dabei, da statutarische Bestimmungen einer raschen definitiven Erleichterung im Wege ständen, daß unter der Vorbedingung fester Tarifvereinbarungen möglicherweise interimsweise vom Vorlande des D. V. B. am 1. April die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnerhöhung eingeführt werden könnte. Trotz all dieser Versprechungen müßte die Kollegenschaft auf der Hut sein und mit fester Energie unverbrüchlich an ihren Forderungen festhalten. Sie habe mit den Prinzipalen zu rechnen, die von ihren unorganisierten oder ängstlichen Personalern weniger besorgt und die Unterbrechung im jenseitigen Lager bilden. Es seien nun zunächst unsere Forderungen genau zu bestimmen. Redner bringt den Antrag ein, die unbestimmten Forderungen der Leipziger Resolution zu definieren auf: neunstündige Arbeitszeit, 15 prozentige Erhöhung der Grundpositionen, 5 prozentige Erhöhung der Gehilfensätze. Es sei geboten, die materiellen Forderungen nicht zu hoch zu stellen, sondern das Hauptaugenmerk auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu beschränken. (Allgemeiner Beifall.) — Kollege Köhler als nächster Redner behauptet, daß die Kommission infortrecht gehandelt habe, sie dürfe keinen längeren Termin einbringen. Auch habe der Corr. bisher nichts über die Verhandlungen berichtet. Die Berliner Versammlung habe die Absicht verraten, den Generalfestzug zu proklamieren und das sei das einzig richtige. Den Worten der Prinzipale sei nicht zu trauen und daher eine etwas energisierere Sprache der Kommission denselben gegenüber sehr am Platze. Daher könne er sich mit dem Verhalten derselben nicht zufrieden geben. (Beifall.) Kollege Eichler stellte fest, daß die Kommission durch Beschluß der letzten Versammlung nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet war, mit den genannten Prinzipalen zu verhandeln. Wenn auch er Prinzipalbesprechungen bezüglich der Verbesserung der Lage ihrer Arbeiter keinen allzu großen Wert belege, so habe er denn doch die Meinung, daß dieselben diesmal durch den großen Druck der Gehilfenschaft keine leeren Redensarten bleiben würden. Die Kollegen sollten nur in ihrer Einmütigkeit weiter verharren und die gegenwärtige Zeit dazu benutzen, Remedur in den Druckereien gegenüber Uebergriffen zu schaffen. (Beifall.) Kollege Seidel gibt seine Freude über die zu Tage getretene Opposition kund, die den alten Leipziger Geist behude, verurteilt jedoch unter allgemeiner Zustimmung die Angriffe auf die Kommission. Wenn die Prinzipale am 11. d. M. nicht bewilligten, müßte selbstverständlich zu den äußersten Mitteln gegriffen werden. (Beifall.) — Kollege Gsch: Das Amt eines Unterhändlers ist stets ein unansehbares gewesen. Die Unzufriedenheit ist erklärlich und wir haben sie erwartet. Aber die unzufriedenen Kollegen dürften doch etwas mehr auf die Unfähigkeit der von ihnen gewählten Personen bauen. Wir werden nicht an der Vertrauenslosigkeit sterben, aber durch das kurze Warten leidet unsere Bewegung nicht. Wenn die leitenden Personen die Zeit abwarten zu können glauben, so ist das ein Zeichen unserer Stärke. Sollten Maßregelungen oder Absichten, uns den Strid zu drehen, vorkommen, dann würde es Zeit sein, zum Schwerte zu greifen. Aber wir wollen etwas schaffen auf legalem

Wege, was keinen Stachel zurückläßt, und nicht durch Ueberrumpelung. Ersteres ist von Bestand, letzteres, weil abgezwungen, der ständigen Befehdung ausgelegt. Wir könnten alle Tage den Kampf wagen, gewiß, aber es ist besser wenn wir denselben erübrigen können. Den Vorwurf, infortrecht gehandelt zu haben, müssen wir zurückweisen. Nicht abgeschlossen haben wir den 10. März als Termin, sondern nur zu beschließen versprochen. Die heutige Versammlung ist sonderbar, die sofortige Aktion zu beschließen. Aber wir können wegen der wenigen Tage Frist nicht dazu raten. Also man wäge sich erst über den Sachverhalt genau erkundigen, ehe man, wie geschehen, Vorwürfe gegen die führenden Personen erhebt, die die Verantwortung tragen. (Allgemeine Zustimmung und Beifall.) Auch den Vorwurf, als Correspondent etwas versäumt zu haben, muß ich entschieden zurückweisen. Ich war nicht befreitigt, in den Corr. vorzeitig einen Bericht über den örtlichen Vorgang zu bringen; die heutige Versammlung ist das Forum, dem wir Bericht zu erstatten hatten. Und ferner sollte die deutsche Kollegenschaft unbeeinflusst von den Leipziger Besprechungen zuerst Stellung zur Leipziger Resolution nehmen. Ich freue mich ja gleichfalls über die Opposition, merkwürdigerweise ist sie aber so lange, wo wir still und intensiv arbeiten, um die Kollegenschaft dahin zu bringen, wo sie steht, und wo wir eine Unterstützung hätten sehr notwendig brauchen können, in den Versammlungen stumm gewesen. (Stürmischer Beifall.) Ich freue mich, Kollegen, daß sie anerkennen, daß wir doch nicht so schlechte Kerle sind und kann Ihnen versichern, daß jede Minute streng bewacht wird und daß wir bei den ersten Anzeichen, daß die Prinzipale es nicht ehrlich meinen, sie auf den Plan rufen werden. (Stürmischer Beifall.) Dergleichen wendet sich Kollege Krepshmar als Kommissionsmitglied gegen die erhobenen Vorwürfe. — Kollege Eger stellte und begründete einen Antrag, bis Donnerstag den 5. d. M. mittags von den Prinzipalen die Erfüllung der Forderungen zu verlangen. — Eine ganze Anzahl weiterer Redner sprachen sich für und gegen diesen Antrag aus, dabei wurden noch eine Reihe anderer Anträge eingebracht. Im weiteren Verlaufe ergriff Kollege Nibel das Wort, ausführend, daß argwöhnisch der großen Versammlung die Redner ja alle Ursache hätten, mutmaßende Reden zu halten und entschlossen handeln zu wollen. Er zöge jedoch ebenfalls den Verhandlungsweg dem Kampfe vor. Sollten aber die gegebenen Versprechungen nicht erfüllt werden, so würde sich natürlich die Gehilfenschaft wie ein Mann erheben müssen. Am 11. März hätten wir klaren Feld und alle Vorbereitungen erledigt. Deshalb empfehle er die Annahme nachstehender Resolution: „Die heutige Versammlung beschließt, in der Erwartung, daß die Anträge der Gehilfen den Versicherungen der Prinzipale entsprechend bewilligt werden, nach den Verhandlungen am 11. März weitere Stellung zu nehmen. Das Bureau wird beauftragt, am Abende dieses Tages eine Versammlung zur Berichterstattung über die Verhandlungen des Tages einzuberufen.“ Vor der nun folgenden Abstimmung wurde zunächst die Zahl der Teilnehmer an der Versammlung auf weit über 2000 Personen festgestellt. Der Antrag Eger wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, der vorstehende dagegen mit allen gegen 12 Stimmen angenommen. Die weiteren vorliegenden Anträge zogen die Antragsteller auf Ersuchen vorläufig zurück. In seinem Schlussworte forderte Kollege Nibel die Nichtverhandlungsmittler auf, dem Verbands beizutreten, denn sie hätten, wie Kollege Döblin am Nachmittag sehr richtig dem Vorsitzenden des D. V. B., Herrn Klinhardt, geantwortet habe, denselben Hunger und Durst wie wir. Ein gewaltig donnerndes Hoch auf den Verband bildete sodann das Finale dieser eindrucksvollen Versammlung und noch lange währte es, bis sich die großen Menschenmassen auf der Straße des Versammlungslokals verloren hatten.

Am Tage nach der Leipziger Versammlung haben auch die Berliner Kollegen beschlossen, ihre Stellungnahme von den für den 11. März vorgesehenen Verhandlungen abhängig zu machen. Bis zu diesem nahen, gewichtigen Tage wird somit wohl auch die übrige Kollegenschaft ihre weiteren Beschlüsse vertagen. Es geschieht das unter der Bedingung,

daß unsre Prinzipalität die Positionen der Gehilfenschaft in keiner Weise zu beeinträchtigen sucht. Es liegt an den Kollegen, zu sorgen, daß etwaiger Ueberschreitung der berechtigten Grenzen Einhalt gethan werden kann. Immerhin sind die vorläufigen Resultate nicht unwesentlich: die unbeschränkte Gehilfensvertretung ist gewahrt und auch der gute Wille, die Forderungen der Gehilfen bedingungsweise vor allem anerkennen zu wollen, hat seinen Ausdruck gefunden. Treu und Glauben mußten aus der Welt geschwunden sein, wenn man die Verpflichtungen der Herren Prinzipale für unverbindlich halten sollte.

Carifvereinbarung und Cariforganisation.

Gehilfenseits ist noch immer das Prinzip der Tarifvereinbarung respektiert worden, prinzipalsweise wurde es in den Tagen nach einem mit vielen Opfern gewonnenen Kampfe gleichfalls als maßgebend erkannt — Beweis für die bei der Verfechtung der Autokratie empfangenen Wunden —, nachher leider indes nicht sehr streng eingehalten. Am 11. Februar 1892 erließ die prinzipalsseitige „Zentralleitung für Ausstandsangelegenheiten“ eine Kundgebung gegen den Verfasser eines in der Zeitschrift enthaltenen Artikels, Herrn Mahlau in Frankfurt a. M., der die Diktatorierung von Tarifbestimmungen anriet, worin das Prinzip der Vereinbarung in reiner Form, von seinen rationalen Beweggründen gestützt, zur Darstellung kam. Es ist jetzt zeitgemäß, die Sentenzen zu wiederholen. Hier sind sie:

Herr Mahlau ist nicht gerade ein Gegner jeder Tarifgemeinschaft, er ist nur ein Gegner der Tarifgemeinschaft in der früheren, d. h. zehntägigen Auffassung und wünscht dieselbe dahin abgeändert, daß die Gleichberechtigung von Prinzipalschaft und Gehilfenschaft beseitigt wird, so daß das zwischen Prinzipal und Gehilfen bestehende Abhängigkeitsverhältnis auch in den Tarifkörpern, die er sich getrennt denkt, zum Ausdruck komme. Die Gründe, welche er für diesen Abänderungsvorschlag ins Feld führt, sind nach mancher Hinsicht beachtenswert, aber sie führen weder ihn selbst noch uns um die Hauptklippe aller Tarifgültigerüberzüge, um die Frage herum, die stets dann hervortritt, wenn es sich um Annahme oder Ablehnung von Tarifätzen handelt.

Der Mahlausche Vorschlag, welcher getrennte Körperschaften der Prinzipale und Gehilfen und zwischen beiden ein Verhältnis wie zwischen Bundesrat und Reichstag verlangt, würde so ziemlich dem bisherigen tatsächlichen Verhältnis entsprechen; denn thatsächlich machen bisher die getrennten Körperschaften des D. V. B. und des U. V. B. die Tarife, und die Tarifkommission und Tarifgemeinschaft waren mehr Form. Während aber im Staatsverband der Bundesrat doch oft thut, was er will, wenn der Reichstag ihm nicht zustimmt, würde es in unserem Tarifverband umgekehrt werden, der Reichstag würde thun, was er will. Eine Förderung des Friedens würde also aus der Verwirklichung des Mahlauschen Vorschlags nicht folgen, da sich das Abhängigkeitsverhältnis, welches zwischen Prinzipal und Gehilfen besteht, auf die Körperschaften der Prinzipale und Gehilfen nicht übertragen läßt.

Zweitens läßt sich ein Arbeitsvertrag, der für weite Kreise Geltung haben soll, nicht diktieren, sondern nur vereinbaren und der größere oder geringere Einfluß, den der eine oder der andere Teil auf diese Vereinbarung ausübt, wird immer von besonderen Umständen abhängen, welche sich der eine oder andere Teil schafft oder zu nütze macht.

Um einem solchen Tarife den möglichst großen Geltungsbereich zu verschaffen und zu erhalten, bedarf es eines beständigen Kampfes gegen die Haupttriebsfeder der Konkurrenz, den Egoismus, des beständigen Strebens, dem Widerstreite der verschiedenartigen Geschäftsinteressen auszugleichen. Für diese Arbeit kann den Prinzipalen die Hilfe der Gehilfen nur erwünscht sein und sie werden sicherlich auch gern Opfer bringen, um diese Hilfe zu erlangen und in die richtigen Wege zu leiten.

Welche Tarifkörperchaft wird nun im Stande sein, allen diesen bedingenden Umständen am besten gerecht zu werden? Doch immer wieder nur eine solche, welche mindestens den maßgebenden Teil der Prinzipale wie Gehilfen in sich vereinigt, also eine Form von Tarifgemeinschaft, welche Prinzipalschaft und Gehilfenschaft nicht noch mehr als bisher auseinanderhält, sondern beide näher als bisher zusammen bringt und insbesondere die Gehilfenschaft veranlaßt, an der Befolgung der tariflichen Zwecke mehr als bisher förderlich mitzuarbeiten, nicht nur, wie bisher, den ewig gärenden Sauerreig zu bilden.

Auch in Bezug auf die Tariforganisation hat die vereinigte Prinzipalschaft früher schon glückliche Gesichtspunkte aufgestellt, die jedoch wegen

Verweigerung der materiellen Gehilfensforderungen unausgeführt blieben. Die Tarifkommission sollte aus je neun Tarifmännern gebildet werden und je drei Mitgliedern der beiderseitigen Vorstände. Ueber den Nutzen dieser Zusammensetzung schrieb die Zeitschrift in Nr. 31, 1891:

Geben die Gehilfen auf den Antrag des D. V. B. ein und wird derselbe damit von der Tarifkommission angenommen, so wird erstens der Allgemeinheit der tarifhaltenden Prinzipale und Gehilfen daselbe Recht der Mitbestimmung an Tarife verbleiben, das sie heute besitzen; sie wird in der Tarifkommission durch je neun Prinzipale und Gehilfen vertreten und übt durch diese Vertreter nach wie vor bei der Tarifberatung das ausschlaggebende Gewicht. Zweitens wird den Beisitzern der Vertreter der Allgemeinheit größerer Nachdruck und eine größere Garantie der Durchführbarkeit dadurch verliehen, daß die beiden Organisationen der Prinzipale und Gehilfen durch die von ihnen in die Tarifkommission zu entsendenden drei Vertreter, sowie durch die Uebernahme der Leitung der Tarifkommission durch ihre beiden Vorsitzenden unmittelbar an der Tarifgestaltung interessiert werden mit der Wirkung, daß beide Organisationen ihre Mitglieder auf den zu stände gebrachten Tarif bei Strafe des Ausschlusses aus der Organisation zu verpflichten haben. Welche Vorteile für die Tarifsache wie fürs Gewerbe überhaupt durch die Verpflichtung der Mitglieder des D. V. B. auf den Tarif einzutreten, und welche günstigen Ausblicke sich von dem Zusammenwirken des D. V. B. und U. V. B. aus dem Tarifgebiet uns eröffnen können, das ist bereits in der Zeitschrift ausführlich dargelegt worden, und es sollte schon um deswillen zu erwarten sein, daß die organisierte Gehilfenschaft den ihr vom D. V. B. angetragenen für sie selbst ganz unbedenklichen Organisationsversuch mitmacht.

Jetzt wäre die Idee zu verwerten. Die in der Luft schwebenden freien Tariffunktionäre brauchen nicht wieder erweckt zu werden, es genügt, wenn die Organisationsbehörden die Regie in Tarifachen übernehmen.

Korrespondenzen.

Berichte über die Stellungnahme zur Leipziger Resolution für Tarifänderung.

Ansbach. Am 2. März fand hier eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, welche von fast sämtlichen Kollegen Ansbachs besucht war. Herr Gauswörthler Seth referierte über die Stellungnahme zur Leipziger Resolution und über die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe. Sämtliche Anwesenden erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und nahmen schließlich eine Resolution einstimmig an, welche sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden erklärt und der Leipziger Resolution zustimmte.

Aischersleben. In der am 1. März abgehaltenen allgemeinen Buchdruckerversammlung schloß man sich nach dem Referate des Kollegen Loebe aus Dessau der Leipziger Resolution an und erklärte, für dieselbe voll und ganz einzutreten zu wollen. Für uns Aischerslebener ist dies um so notwendiger, da hier noch elf Stunden gearbeitet wird, die Bezahlung eine sehr hohe und die Bezahlung eine sehr schlechte ist.

B. Baden-Baden. Auch hier hat man es freudig begrüßt, daß für unsere Besserstellung etwas geschehen soll. Die hiesigen Kollegen schlossen sich in der am 29. Februar abgehaltenen allgemeinen Buchdruckerversammlung voll und ganz der Leipziger Resolution an und versprachen, für die Durchführung derselben einzustehen.

B. Berlin. (Weiterer Bericht der allgemeinen Versammlung vom 1. März, anfang 11 Uhr.) Kollege Raffin führte nach Wahl des Büreaus (Zaber, Waack, Blumenthal) aus, daß die augenblickliche Situation das Gepräge des Krieges trage. Die Stellungnahme der Leipziger Kollegen wäre der deutschen Gehilfenschaft zwar unrlöpflich, aber nicht überaus befriedigend, da sie deren Drangsale kannte. Wir Gehilfen wollen jetzt den dauernden Frieden im Gewerbe herbeiführen. Die Gehilfen wollen keinen Sieg, sondern nur Gerechtigkeit. Der heutige Tag solle, müsse und werde Aenderung herbeiführen. (Stürmischer Beifall.) Eine Bevormundung betreffs der Vertretung zur Tarifkommission werde mit allen der Gehilfenschaft zu Gebote stehenden Mitteln juristisch gegenwärtig werden. Der Gewalt würden wir die Gewalt entgegensetzen. (Langanhaltender Beifall.) Die Hinausschiebung der Tarifberatung bis zum 10. März sei eine Verschleppung. Die Prinzipale seien ja während auf die berechtigten Forderungen der Arbeiter vorbereitet. Im vorigen Jahre seien wieder 3000 Kollegen (und das bloß Verbandsmitglieder) über 100 000 Tage arbeitslos gewesen. Durch die erweiterte Bezahlungstala werde der Arbeitsmarkt förmlich übersättigt. Er wolle keine Forderungen stellen und überlasse dieses der Allgemeinheit, glaube aber, daß die Prinzipale ganz gut die Arbeitszeit nicht nur auf neun, sondern auf acht Stunden herabsetzen könnten. Auch würden die Prinzipale etwaige Mehrkosten nicht allein zu tragen haben, sondern die Auftraggeber würden dazu herangezogen werden. Erkennen die Prinzipale die gerechten Forderungen der Arbeiter an, so erwerben sie sich einen Ruhmeskranz, der sie besser ziert als irgend ein Orden im Knopfloche. Redner schließt

unter stürmischem Beifall mit einem Appell an die anwesenden Herren Prinzipale, den alten Haß zu begraben und die Hand zum Frieden zu reichen. — Kollege Eiser erklärte, daß der Verbandsvorstand der Aufforderung der Leipziger Kollegen prompt nachgekommen sei; er verlas die Antwort des D. V. B. Hieraus sei ersichtlich und tief zu bedauern, daß die ganze Angelegenheit durch Hinausschiebung eine Verschleppung erfahren habe. Redner er suchte gleichwohl die Verammlung, im Interesse des Friedens den Termin abzuwarten und hofft auf einen zufriedenstellenden Ausgang, denn mit der Entscheidung am 10. März stehe und falle die ganze Tarifvereinbarung. Kollege Giesecke unterbreitete die bereits veröffentlichte Resolution und ersuchte um einstimmige Annahme. Wenn der Referent auch für eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden sich aussprach, so halte er es für zweckmäßiger, einzuwillen die neunstündige Arbeitszeit zu beanspruchen. Herr Buchdruckerbesitzer Bernstein wies die gegen die Innung, insbesondere Herrn Wigenstein erhobenen Anschuldigungen zurück, erklärte sich aber, ebenfalls bedauernd, daß die ganze Angelegenheit durch den Sitz Leipzig eine Verschleppung erfahren habe, mit der Resolution vollständig einverstanden. Er wünscht, daß von Organisation zu Organisation verhandelt werde, mindestens aber könnten die Gehilfen allgemeine Mahlen verlangen. Die Gehilfen könnten schon jetzt immer die Aufstellung von Kandidaten und Wahlen vornehmen, damit bis zum 10. März die ganze Angelegenheit erledigt werde. Die weitere Auslassung siehe in voriger Nummer. Kollege Levy aus Frankfurt a. D. bemerkt, er sei hierher gekommen, um mitzutheilen, daß die ganze Provinz heute auf Berlin sehe. Die Provinz werde sich nach dem Beschlusse Berlins richten. Die Provinz sei sehr fürchtbar unter der jetzt herrschenden Tarifanarchie und begrüßt die angeführte Tarifrevision mit Freuden. Die Kollegen Aischersleben, Kabe und Barowski eruchen, nicht für die Resolution zu stimmen, da dadurch die ganze Angelegenheit verschoben werde. Barowski empfahl die Annahme seiner Resolution, welche dahin ging, Montag den 2. März die Forderung auf neunstündige Arbeitszeit und Erhöhung der Grundpositionen auf 15 Proz. zu stellen und bei ablehnendem Verhalten der Prinzipale sofort in den Generalstreik zu treten. (Tosender Beifallsturm.) Die sämtlichen sich in diesem Sinn äußeren Redner wurden mit förmlichen Beifallsrufen begrüßt. Giesecke suchte unter Widerspruch vor jeder Ueberzeugung zu warnen. Da man dauernde Verhältnisse schaffen wolle, müsse der Kaszfallismus zurücktreten. Eine derartige Tarifänderung lasse sich nicht innerhalb 24 Stunden herbeiführen. Raffin stimmt zwar dem in der Resolution Barowski zum Ausdruck kommenden Kampfesmut aus vollem Herzen zu, hält aber einen so übereilten Schritt nicht für zweckmäßig. Wir wollen den Prinzipalen nicht, wie sie es 1893 mit uns gemacht haben, die Pistole auf die Brust setzen, sondern ihnen Zeit lassen, sich unsere Forderungen zu überlegen. Redner bringt den Vermittlungsvorschlag, am Montag den Prinzipalen die Forderung vorzulegen und ihnen bis Mittwoch Zeit zur Antwort zu lassen. (Bravo.) Buchdruckerbesitzer Voll führt aus, der heutige Tag sei äußerst wichtig für das ganze Buchdruckgewerbe. Wie sehr die hiesigen Prinzipale zum Frieden geneigt seien, solle man daraus entnehmen, daß sofort nachdem der Leipziger Beschluß bekannt wurde, telegraphische Meldung an die Leipziger Führer abgegangen sei, worin man bedauerte, daß die von den Gehilfen beanspruchte Tarifrevision bereits eine Verschleppung erfahren habe. Da daran nichts mehr zu ändern sei, so ersuche er um Geduld bis zum 10. März und hofft dann einen dauernden Frieden für das Gewerbe herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.) Reihmann und Kofz raten ebenfalls von einem voreiligen Vorgehen ab und erinnern daran, daß wir zentral organisiert sind und infolgedessen auch auf die Provinz Rücksicht zu nehmen haben. Herr Löw meint, daß dem Gutenberg-Bunde wohl auch eine Vertretung bei der Tarifkommission zukomme. Es sollten allgemeine Mahlen ausgeschrieben werden, wo den Wählern auch Gelegenheit gegeben sei, nach ihrem Bunsche zu wählen, mit dem Resultat, gleichviel wie die Wahlen ausfielen, würden sie sich einverstanden erklären. Nach einer weiteren Rede von Redner wurde die Debatte geschlossen. Unter donnerndem Beifalle verständigte der Vorsitzende nach der Abstimmung die einstimmige Annahme der Resolution. Für dieselbe stimmten viele anwesende Prinzipale. Mit einem begeisterten Hoch auf die Solidarität der Buchdrucker wurde die Versammlung nach fast vierstündiger Dauer geschlossen.

Bezirk Beuthen, Oberschl. Eine in Ratibor am 1. März von den dortigen sieben Verbandsmitgliedern einberufene allgemeine Buchdruckerversammlung, zu welcher Kollege Selzer aus Beuthen das Referat übernommen hatte und die im ganzen von 25 Kollegen besucht war, schloß sich einstimmig der Resolution der Leipziger Kollegen an. Mehrere Nichtmitglieder meldeten sich zur Aufnahme in den Verband.

Briesa. Die hier am 2. März abgehaltene allgemeine Versammlung, in der 28 Kollegen (von 34), darunter 5 Nichtmitglieder, anwesend waren, machte die Leipziger Resolution auch zu der 18rigen mit dem besondern Wunsch auf Wiederherstellung der Tarifgemeinschaft.

Greifeld. Die gesternabend abgehaltene allgemeine Buchdruckerversammlung erklärte, voll und ganz auf dem Standpunkte der Leipziger Resolution zu stehen und nach besten Kräften für dieselbe einzutreten zu wollen.

Dortmund, 1. März. Zu der auf heute Nachmittag im Vereinslokale, Gastwirtschaft Wilm, einberufenen all-

gemeinen Buchdruckerversammlung waren 91 Buchdrucker aus Dortmund und den umliegenden Druckerorten erschienen. Kollege Bettenworth hatte das Referat übernommen und führte in einstündiger Rede den Erscheinenden mit klaren Worten vor Augen, daß es an der Zeit sei, unsere wirtschaftliche Lage, die der heutigen Zeit nicht mehr entspreche, zu verbessern. An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte, aus welcher die Gewißheit zu entnehmen war, daß der Bezirk Dortmund bei demnächstiger Gelegenheit nicht hinter andern zurückbleiben werde. Die Leipziger Resolution fand einstimmig Annahme, auch erklärten sich die Vertreter von zwei hiesigen Buchdruckereien bereit, die Forderungen zu bewilligen. Mehrere Nichtmitglieder meldeten sich zur Aufnahme in den Verband.

L. Oberfeld. Die am 2. März abgehaltene allgemeine Buchdruckerversammlung, in welcher Kollege Bettenworth aus Essen referierte, erfreute sich einer überaus zahlreichen Beteiligung. Im Anschluß an die Leipziger Resolution wurde ein Antrag angenommen, die Gewährleistung des Koalitionsrechtes betr. für den voll und ganz eingetreten werden soll. Betreffs engern Zusammenschlusses ist eine allgemeine Versammlung aller im gewerblichen Gewerbe beschäftigten Arbeiter für Sonntag den 8. März anberaumt worden. Mit einem Appell an die stark vertretenen Nichtmitglieder, Schuster an Schuster mit uns den kommenden Tagen gewappnet entgegen zu sehen und einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die Solidarität endete die Versammlung.

Essen. Öffentliche Versammlung erklärt sich mit der Leipziger Resolution einverstanden mit dem Zusatz, daß von der Gehilfenvertretung bei eventueller Beratung eine neunstündige Arbeitszeit und Erhöhung der Grundpositionen um 10 Prozent verlangt wird. Einige Mitglieder des G.-B. erklärten sich persönlich mit diesen Anträgen einverstanden.

m. Essen, 2. März. Eine Buchdruckerversammlung, wie sie Essen wohl noch nicht gesehen hat, tagte gestern hier in der Tonhalle; etwa 200 Kollegen, darunter ein Drittel Nichtmitglieder hatten sich eingefunden, um zu der gegenwärtigen Tarifbewegung Stellung zu nehmen. Trotz dem der Referent, Kollege Schöred, die Anwesenden ersuchte, sich lieber an der Abstimmung nicht zu beteiligen, falls sie nicht in der Lage wären, die Komplexion derselben tragen zu können oder zu wollen, wurde nach einer lebhaften Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 1. März in Essen tagende, von fast sämtlichen Kollegen Essens besuchte allgemeine Buchdruckerversammlung, welche sich mit der gegenwärtigen Lage unseres Gewerbes beschäftigte, erklärt sich mit den Forderungen der Leipziger Kollegen solidarisch und macht es sich zur Pflicht, für dieselben, nämlich Verfürzung der Arbeitszeit, bessere Entlohnung und Korrektur des Tarifs, voll und ganz und mit aller Energie einzutreten. Außerdem erklärt sich die Versammlung in Anbetracht der hiesigen teuren Verhältnisse für die Einführung eines erhöhten Lokalaufschlages, sowie der Gewährung des Koalitionsrechtes der Gehilfen.“ Nachdem wurde noch eine allgemeine Tarifliste für Essen gegründet. Zuletzt fand die Versammlung unter allgemeinem Beifall das von einem hiesigen Kollegen verfaßte Lied „Im B. D. B.“.

Grüßelbainichen. In der am 1. März abgehaltenen Versammlung stimmten nach Reichsps Referate sämtliche (50) Mitglieder der Leipziger Resolution zu und verpflichteten sich, mit allen Kräften für dieselbe einzutreten.

K.-B. Gagen, 3. März. Die heute abgehaltene, von fast sämtlichen hiesigen Buchdruckern (77) besuchte allgemeine Versammlung schloß sich voll und ganz nach einem vorhergehenden Referate des Kollegen Brauch aus Essen der Resolution der Leipziger Kollegen an. Es wurde eine Kommission von acht Mitgliedern gewählt, die auf Grundlage einer Verfürzung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Grundpositionen des Tarifs die weiteren Schritte zu veranlassen hat.

Hildesheim, 1. März. In der heutigen allgemeinen Bezirksversammlung waren fast sämtliche Mitglieder aus Hildesheim und den Bezirksorten sowie eine Anzahl Nichtmitglieder anwesend. Nach dem Referate des Kollegen Hausmann und der Aussprache einiger anderer Kollegen nahm die Versammlung eine Resolution einstimmig an, welche sich der Leipziger Resolution voll und ganz anschließt und für Hildesheim einen Lokalaufschlag von 10 Proz. verlangt; auch will man dahin wirken, daß nunmehr auch die Ueberstunden tarifmäßig bezahlt werden.

Unter Verschlebung wurden die Mitglieder, welche in einigen Druckerien Hildesheims sowohl wie in anderen Orten des Bezirks herrschen, ans Tageslicht gezogen und einer scharfen Kritik unterworfen. Auch hier soll bessernde Hand angelegt werden.

Jena. Die heutige imposant besuchte Versammlung stellte sich vollständig auf den Boden der Leipziger Resolution. Sie stellt ihre Forderungen auf neunstündige Arbeitszeit und zehnpromzentigen Lohnaufschlag.

Karlruhe. Eine von über 130 Kollegen besuchte allgemeine Buchdruckerversammlung stellte sich nach Entgegennahme eines Referates des Kollegen Kirßen über die gegenwärtige Lage im deutschen Buchdruckgewerbe und die diesbezügliche Stellungnahme der deutschen Buchdruckergehilfen einstimmig voll und ganz auf den Boden der von den Leipziger Gehilfen gefassten Resolution.

a. Kasselbeuren. Die hiesige Mitgliederhaft hatte bereits am 25. Januar den Antrag angenommen, die Verfürzung der Arbeitszeit in loco im Laufe des heurigen Frühjahrs anzuführen. Infolge der veränderten Sachlage be-

schloß am vergangenen Samstag eine vollständig besuchte Versammlung einstimmig, sich der Leipziger Resolution anzuschließen.

H. Landsbut, 1. März. In der gestern abgehaltenen allgemeinen Buchdruckerversammlung erläuterte Kollege L. Jöltch aus München in einstündiger Rede die tristen Verhältnisse im Buchdruckgewerbe und ermutigte die nahezu vollständig erschienenen Kollegen, für die Leipziger Resolution einzutreten, um eine Besserung in unserm Gewerbe herbeizuführen. Kollege Kanitz plädierte sodann für die Einführung eines Lokalaufschlages im hiesigen Orte mit der Motivierung, daß Landsbut die Einwohnerzahl 20000 bereits überschritten habe und die Lebensmittel wie auch die Wohnungspreise immer mehr im Steigen begriffen seien. Die Versammlung erklärte sich mit dem diesbezüglichen Vorgehen einverstanden, für Landsbut einen Lokalaufschlag von 10 Proz. vorschlagend.

n. Vörrach, 2. März. Die gestern abgehaltene Bezirksversammlung, bei welcher die Druckorte Vörrach, Mühlheim, Schöpfheim, Zell, Waldshut vertreten waren, nahm nach einem Referate des Gauvorsitzers Goldschagg über die Lage und die Verhältnisse des Buchdruckgewerbes und einer längeren Debatte, in der wiederholt der Freude darüber Ausdruck gegeben wurde, daß endlich wieder einmal bessere Zustände angestrebt werden sollen, die Leipziger Resolution einstimmig an; auch die anwesenden Nichtmitglieder stimmten dafür. Die sich anschließende Berichterstattung über die einzelnen Druckorte des Bezirks zeigte aber auch, daß eine Besserung der Verhältnisse im Bezirke von äußerster Notwendigkeit ist. Mögen die gegebenen Anregungen behufs Beteiligung der eingeschickenen Mitglieder nun auch befolgt und vor allem die nötige Agitation behufs Beitritt zum Verband der Deutschen Buchdrucker nicht erlahmen, denn nur Einigkeit führt zum Siege!

r. Mainz. Auch in unserer Gutenbergestadt haben sich die Kollegen am 2. März zu einer allgemeinen Buchdruckerversammlung zusammengeschart, um dem von Leipzig aus ergangenen Rufe näher zu treten. Anwesend waren etwa 200 Kollegen, auch solche von Wiesbaden. Nach dem allseits beifällig aufgenommenen Referate des Kollegen Phil. Haas nahm die Versammlung unter begeistertem Jubel einstimmig eine Resolution an, die sich mit der in Leipzig angenommenen Resolution einverstanden erklärt, eine gemeinsam von Prinzipalen und Gehilfen vereinbarte Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für geboten erachtet, und vereint gegen die das Gewerbe schädigende Schmutzkonkurrenz und Verfürzungskampfen anzukämpfen.

W.-Stadbach-Neydt, 1. März. Die vom Ortsverein einberufene Buchdruckerversammlung nahm folgende Resolution an: „Die im Waldsiedelchen verammelten Buchdrucker erklären sich voll und ganz mit der Leipziger Resolution einverstanden. Die Anwesenden versprechen mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Forderungen durchdringen.“ Auch die anwesenden Nichtverbandsmitglieder stimmten dieser Resolution bei. Ein weiterer Erfolg der Versammlung war die Erneuerung von vier neuen Mitgliedern. Es beginnt zu tagen auch hier im Hinterlande.

Neustadt a. S. In seiner am 25. Februar abgehaltenen Versammlung schloß sich unser Bezirksverein, vollständig versammelt, einstimmig der Leipziger Resolution an. Das Vorgehen der Leipziger Kollegen fand begeisterte Aufnahme. Möge dasselbe gute Früchte zeitigen!

Nürnberg, 3. März. Gestern abend fand hier eine öffentliche Buchdruckerversammlung statt, der etwa 220 Kollegen beimohnten. Kollege Weiswanger referierte über die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe und die Möglichkeit einer Besserung derselben. Nach dem Vortrag entwickelte sich eine ziemlich rege Diskussion, die mit der einstimmigen Annahme einer Resolution schloß, welche dem Vorgehen der Leipziger Kollegenschaft ihre vollste Sympathie ausdrückt, hoffend, daß es gelingen möge, auf friedlichem Wege der auf tariflichem Gebiet immer schroffer zu Tage tretenden Unsicherheit ein Ende zu machen.

Oberhausen. Die am 2. März abgehaltene, stark besuchte Buchdruckerversammlung stellte sich voll und ganz auf den Boden der Leipziger Resolution und erklärte die Erreichung eines Lokalaufschlages von 15 Proz. für Oberhausen als äußerst wünschenswert.

Offenbach a. M., 3. März. Die gestrige Mitgliederversammlung erklärte sich mit den Beschlüssen der am gleichen Abend in Frankfurt tagenden allgemeinen Buchdruckerversammlung ein und machte die dort gefasste Resolution auch zu der ihrigen.

Rendsburg. Die am 29. Februar hier zahlreich versammelten Mitglieder des B. d. B. erklärten sich mit der von den Kollegen in Leipzig gefassten Resolution in allen Punkten einverstanden, möchten aber im besondern, da in Rendsburg besondere Lernerungsverhältnisse herrschen, die Tarifverbesserungen nach dem hier geltenden Militärdienst geregelt wissen, und werden für die Durchfürzung dieser Forderungen nach besten Kräften eintreten.

Straßburg. In der am 29. Februar abgehaltenen außerordentlichen Versammlung der hiesigen Mitgliederhaft wurde die Leipziger Resolution einstimmig gutgeheißen.

Trier, 1. März. In der heute abgehaltenen Versammlung der Trierer Buchdrucker, in welcher der Vorsitzende des Ortsvereins in ausführlicher Weise über die Notwendigkeit der jetzigen Bewegung referierte, wurde mit Einstimmigkeit die Leipziger Resolution angenommen und besonders die Notwendigkeit betont, daß auch die

Ausnahmestände der Sektion Rheinland-Westfalen bejettigt werden.

Weimar. Unter Bezugnahme auf den Versammlungsbericht in voriger Nummer können wir zu unserer Freude mitteilen, daß der Chef der Kasselischen Gieberei nach erfolgter Vorstellung seitens des Faktors die erste Stunde sofort fallen ließ und erklärte, daß er auch der Forderung der neunstündigen Arbeitszeit nicht hindernd entgegenzutreten werde. Sonst ist hier alles flott im Gange, der Geist ist der beste und die Bewilligungen werden nicht allzu lange auf sich warten lassen.

-s. Straßburg, 27. Februar. Die am Samstag dem 22. Februar abgehaltene gutbesuchte Generalversammlung des Bezirksvereins Straßburg beschäftigte sich hauptsächlich mit den Anträgen zu der an Oßern in Straßburg stattfindenden Delegiertenversammlung des Verbandes Elsaß-Lothringischer Buchdrucker. Von prinzipieller Wichtigkeit war nur der auch von der Versammlung acceptierte Antrag des Bezirksvorstandes, die Altersgrenze zur Aufnahme in die Invalidentasse zu eliminieren. — Neufert lebhaft gestaltete sich die Versammlung, als der Berichtsfasser der Tarifkommission über die Schritte derselben in Sachen „Verfürzung der Arbeitszeit“ referierte. Danach lassen die tariflichen Verhältnisse am hiesigen Orte manches zu wünschen übrig. Besonders bezüglich der Bekehrungsstala, der Ueberstunden, Bezahlung der Feiertage sowie der Neuausgelernten sei mandantenorts noch sehr vieles Verbesserungsbedürftig. Dies dürfe uns jedoch nicht abhalten, einen Schritt nach vorwärts zu thun, die Verfürzung der Arbeitszeit sei dringend geboten und er bitte die Vorschläge der Tarifkommission, gipfend in der Forderung des Neunstundentages und einer fünfprozenteigen Lohnerhöhung, einstimmig anzunehmen. Sämtliche folgenden Redner sprachen sich im Sinne des Referenten aus, manchem gingen die Anträge nicht weit genug, schließlich einigte man sich jedoch unter der Bedingung, an diesen minimalen Forderungen unter allen Umständen festzuhalten. Darauf erfolgte die einstimmige Annahme der Propositionen der Tarifkommission. Sache der Gehilfen ist es nun, durch eifriges Agitieren unter Beiseitehaltung jedes persönlichen Habers die Empfanglichkeit für die Forderung auch in jene Reihen zu tragen, die unserer hehren Aufgabe noch indifferent gegenüberstehen. Thue jeder seine Pflicht und der Erfolg wird sicherlich nicht ausbleiben!

Stuttgart. Die gut besuchte Mitgliederhaftversammlung vom 22. Februar stellte zunächst als Kandidaten für die Gauvorsitzendswahlen die Kollegen W. Schröder als Vorsitzenden, R. Ant als Kassierer, Eugen Hart als Schriftführer, Flohr, Jettich, Kowald, Säuberlich als Beisitzer auf. Als Revisoren wurden die Kollegen Baumgartner, Durst, Link, Lünig und als Krankenkontrollkommission Weiswanger, Bernhäuser, Bud, Friedrich, Großmann, Heyne, Hll, Vangenheim, Rehm, Rudolf, Gerstner in Vorschlag gebracht. Für 30 zu wählende Delegierte (zum Gantage) wurden 42 Kandidaten aufgestellt. In die Gewerkschaftskommission wählte die Versammlung die Kollegen Habits, Faustmann, Hildenbrand, Hoyer, Ant, Feuerstein, Schröder und Winkler. — Ein von der Mitgliederhaft Heidenheim zum Gantage gestellter Antrag, dem jährlichen Rechenschaftsberichte wieder ein Mitgliederverzeichnis anzufügen, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt, da ein Nutzen für die Organisation hierin nicht erblickt werden konnte. Das gleiche Schicksal widerfuhr einem Antrage, den hiesigen Disziplinassierern und den Vertrauensmännern im Land eine Entschädigung für ihre Rühewaltung zu geben. Dagegen wurde der Antrag des Gauvorsitzandes angenommen, den Mitgliederhaften eine einprozentige Remuneration zu überlassen und dabei ausgesprochen, daß fünf Mitglieder eine Mitgliederhaft bilden sollen. — Auch der Antrag, den Stuttgarter Delegierten ein Gehalt von 2 Mk. zu gewähren, wurde abgelehnt. — Den im Streit befindlichen Konfektionsarbeitern werden vorerst 100 Mk. bewilligt.

Kundtsman.

Buchdrucker und Verwandtes.

Die Führer des Gutenberg-Bundes setzen wieder einmal ihr wahres Gesicht. Sie gaben in Berlin ein Extrablatt heraus, worin die Bundesmitglieder vor der Teilnahme an einem Streik gewarnt werden. Dieses saubere Auftreten rief eine unerwartete Wirkung hervor. Die „Gewarnten“ waren darüber so empört, daß sie in Massen sich zum Beitritt in den Verband meldeten. Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Die Gehilfenschaft hat sich bisher des anständigsten Tones in ihrem jetzigen Vorgehen befleißigt. Das hindert nicht, daß die sogenannte „gutgefinte“ Presse sie mit Gemeinheiten zu beweren anfängt. Wir stellen das ausdrücklich fest, damit es beachtet wird, daß nicht der „Arbeiterpöbel“ mit Beschimpfungen zu debattieren anfing. Die Deutsche Arbeiter-Zeitung, ein Berliner Organ für höheren Mumpis, nimmt zur Buchdruckerbewegung folgendermaßen Stellung: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker ist ein sozialdemokratischer, wenigstens heben an der Spitze dieselben anerkannte sozialdemokratische Agitatoren. Es ist eine alte Erfahrung, daß bei Streiks die sozialdemokratischen Agitatoren fast regelmäßig gute Geschäfte machen; die Herren haben natürlich die Arbeit längst aufgegeben und sind meistens Budler geworden, die sich häufig durch rohe und brutale Behandlung ihrer Untergebenen aus-

